

MOMENTAUFNAHME BISHERIGER EREIGNISSE

100 Tage im Amt

Jens Mohrherr

Landesvorsitzender

Am 31. März habe ich gerne das Votum des Beirats der GdP angenommen und habe die Nachfolge von Andreas Grün angetreten. **Nach 100 Tagen ziehen viele Mandatsträger eine erste Bilanz. 100 Tage sollen neue Entscheider nutzen, um sich mit den Abläufen ihres Amtes vertraut zu machen, wesentliche Personalentscheidungen zu treffen und erste Maßnahmen auf den Weg zu bringen (Auszug Definition Wikipedia).**

Personalentscheidungen haben die Wählerinnen und Wähler getroffen, die bei den zurückliegenden Personalratswahlen im Mai ihre Stimmen abgegeben haben. Leider haben viel zu viele Kolleginnen und Kollegen nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die Analysen dazu laufen auf Hochtouren, wir sind demütig, führen viele Gespräche mit vielen von euch, um belegbare Ursachenforschung und Gründe festmachen zu können. Fest steht: Wir haben gemeinsam als GdP-Liste 1 gekämpft und das Ergebnis eingefahren. Ein Mitbewerber bei den Personalratswahlen (Liste 2 – DPoLG) hat bereits im Vorfeld der Personalratswahlen schlichtweg überzogen. Mag sein, dass die fehlende Erfahrung in Gestaltungspositionen dafür verantwortlich war, mag auch sein, dass überzogene Selbstwahrnehmung Einzelner den Ausschlag gaben. **Unsere Kandidatinnen und Kandidaten wurden in einem Flyer zu den Wahlen gezielt diffamiert und schlechtgeredet. Wie sonst sind Leitsätze wie: „Gegen ein Weiter-so in den Hinterzimmern“ und „Anstand und Haltung zurück in die Personalräte“ zu verstehen?**

Erstes Fazit: Nicht ein einziger Personalratsvorsitzender wird von der Liste 2 gestellt. Ein Zweites: Eine Freistellung im Hauptpersonalrat der hessischen Polizei hat die Liste 2 errungen. Und eben diese wurde nicht dem Spitzenkandidaten des Mitbewerbers zugesprochen. Er verlor in einer Kampfkandidatur gegen eine Kollegin aus seinen eige-

nen Reihen. Ein deutliches Statement gegen diese Art von Wahlkampf, gleichzeitig ein Misstrauensbeweis 1. Klasse! Aber auch ein schöner Vertrauensbeweis für die gewählte Kollegin Tanja Maruhn, die dem HPR schon seit geraumer Zeit angehört.

Personalentscheidungen hat auch der hessische Innenminister getroffen, indem er das Spezialeinsatzkommando (SEK) beim PP

Einige Oppositionsfraktionen forderten Beuths Rücktritt und machten ihn für die (erneuten) Chat – Gruppen in der hess. Polizei verantwortlich. **Keine Frage: Über 21.000 Polizeibeschäftigte leisten eine hervorragende und tadellose Arbeit, jeden Tag, jede Nacht, 365 Tage im Jahr! Und ja: viele von uns schmerzt der mediale Umgang mit den beim Frankfurter SEK aufgedeckten Chat – Gruppen.**

Zudem ergoss sich in den Redebeiträgen ein Generalverdacht am 17. Juni im Landtag über die Polizeibeschäftigten. Einzig nur dem Zweck geschuldet, den Innenminister zum Rücktritt zu bewegen. Fehler? Machen andere, nicht der Innenminister. Wie sonst ist seine Aussage zu verstehen: Das sind alles erwachsene Menschen und die werden dafür geradestehen“!?



Hessenschau vom 4. Mai 2021 mit Jens Mohrherr zum Thema „NSU 2.0“

Frankfurt am Main nach Bekanntwerden von Chatgruppen (mit vermeintlich strafrechtlich belegbaren Inhalten) temporär aufgelöst hat. Medial toppte diese Nachricht alle anderen Nachrichten im Inland, mit erheblichen Eruptionen in die Polizei hinein.

Vorweg: Über 99 Prozent der hessischen Polizeibeschäftigten fühlen sich in eine (rechte) Ecke gedrängt, in die sie nicht reingehören! Einen weiteren öffentlichen Höhepunkt stellte die aktuelle Stunde im Hessischen Landtag am 17. Juni dar. Auf der Pressetribüne wurde mir als Teilnehmer der aktuellen Stunde schnell klar, dass wir Polizeibeschäftigte mal wieder „Mittel zum Zweck“ sind!

Interne Öffentlichkeitsarbeit in den letzten drei Jahren zum Thema Chatgruppen? Fehlangeige. **Wer kennt aus der Mannschaft die Ermittlungsstände zu den seit Jahren andauernden Straf- bzw. Disziplinarverfahren, die seiner Zeit nach dem Bekanntwerden rechter Chatgruppen und Drohschreiben NSU 2.0 Ende 2018 eingeleitet wurden?** Etliche Verfahren wurden zwischenzeitlich durch die ermittelten Staatsanwaltschaften bzw. im weiteren Fortgang durch die Behörden nach Abschluss der disziplinarischen Ermittlungen eingestellt. Das gehört auch dazu, liebe Mitglieder des Hessischen Landtags, wenn Sie sich mit der Kritik an den Polizeibeschäftigten öffentlich abarbeiten!



Kritikwürdig bleibt aus Sicht vieler von euch, dass der Minister nicht hinter, sondern neben der Polizei und damit uns Beschäftigten steht. Die nebenbei kolportierten Erwähnungen in den politischen Debatten, man meine ja nicht die redlichen Polizeibeschäftigten, helfen uns nicht weiter. Verunsicherung, Frust, Demotivation und eine innere Abkehr vom Polizeiberuf können ernste Folgen haben. Die Unschuldsumutung gilt im Rechtsstaat und muss auch für die Polizeibeschäftigten gelten. Daran zweifeln viele von uns. Wie sonst sind Aussagen des hessischen Innenministers zu werten, dass die nunmehr vom Dienst freigestellten SEK-Angehörigen nicht mehr in ihre originären Tätigkeitsfelder zurückkehren dürfen? Zwischenzeitlich wurden viele SEK-Angehörige in die Mudra „verlegt“. Ein Expertenstab versucht nunmehr, das dezimierte Kommando (ohne Führungskräfte) wieder aufzubauen. Trotz Raumnot und einer zur Hälfte abgemieteten Liegenschaft versuchen die Kolleginnen und Kollegen um Präsident Volker Pfeiffer, den auf Zeit abgeordneten Kolleginnen und Kollegen eine angemessene Arbeitsstätte und damit ein adäquates Umfeld zu bieten. Alle ziehen hier an einem, dem gleichen, Strang! Ein kollegialer Umgang auf dem Gelände zwischen Bereitschaftspolizisten und Kommandoangehörigen ist selbstredend! Lie-

be Kolleginnen und Kollegen, wir dulden kein Fehlverhalten in der hessischen Polizei. Dort, wo Missstände auftreten, treten wir diesen entschlossen entgegen. Dafür erwarten wir auch die Rückendeckung der Landesregierung. Auch sie muss Fehler aus der Vergangenheit erkennen und im ehrlichen Diskurs auch öffentlich zugeben. Statt Mannausstattung mit Smartphones wie bei der Polizei in Niedersachsen und einen dienstlichen Messenger haben wir nichts! Geschätzt sind gerade einmal 4.500 mobile Telefone im Umlauf, einzig und allein für Telefonie und zum Zweck einer beginnenden wenngleich (derzeit noch) rudimentären Sachbearbeitung ausgegeben. Die Beschäftigten beim Innovation-Hub sind nicht zu beneiden, denn deren Arbeit kann keine Früchte tragen, wenn die technischen Features aufgrund fehlender Endgeräte nicht eingesetzt werden können! **So werden wir auch weiterhin mit Meldungen wie: Pilottest der neuen VU-Unfallaufnahme-APP davon träumen, wie unterstützend Technik bei der Polizeiarbeit sein kann.** Die Whatsapp-Nutzung für den dienstlichen Gebrauch ist verboten. Im Handbuch zur IT-Sicherheit der hess. Polizei (Stand Juli 2007) unter Punkt 6.4.2 ist verschriftet, dass die dienstliche Nutzung privater IT-Systeme und Software ausdrücklich untersagt ist. Anpassung an die IT-

Welt 2021? Fehlanzeige! Wer kennt dieses Handbuch? Aber wie sollen wir denn zeitnah in Dienstgruppenverbänden, in Kommissariaten oder anderen OEen schnell Informationen verarbeiten, wenn wir keine adäquaten Mittel dafür haben? Mit der „Operation Sichere Zukunft“ und dem damit einhergehenden Stellenabbau von 964 Stellen (davon 600 Vollzugsbeamtenstellen) angefangen, über die Veräußerungen vieler Polizeiliegenschaften (die teilweise wieder zurückgemietet wurden), dem signifikanten Investitionsstau (insbesondere bei Einsatztrainingszentren und Schießstätten und der Polizeiakademie) bis hin zum Besoldungsdiktat wurden viele Fehler gemacht. Viele Polizeibeschäftigte haben dies nicht vergessen. Andere Bundesländer machen es vor: Die Polizeizulagen werden wieder ruhegehaltstauglich, die Polizeizulagen werden massiv finanziell erhöht, die redliche und absolut notwendige Arbeit der Tarifbeschäftigten bei den Polizeien der Länder und des Bundes werden wertgeschätzt und mit entsprechenden Höhegruppierungen belohnt.

Was wir dem Haushaltsgesetzgeber personell vertreten durch die Abgeordneten der Landesregierung wert sind, werden wir in den anstehenden Tarifverhandlungen präsentiert bekommen!

Wir zählen auf euch und bleiben für euch dran, versprochen! ■

KOMMENTAR

Vom Selbstverständnis der Polizei und ihrer Verantwortlichen

Andreas Grün

Die negativen Berichterstattungen über rechte Umtriebe in der Polizei nehmen kein Ende und belasten Tausende von rechtschaffenden Polizistinnen und Polizisten in Hessen. Das Austauschen von Nazisymbolen, Hitlerbildern oder rassistischen und antisemitischen Darstellungen in Chatgruppen der Polizei, ist eine Grenzüberschreitung die nie-

mals, auch nur ansatzweise toleriert werden kann. Egal mit welcher Intensität und mit welchem Grad der Überzeugung, ob aus Gedankenlosigkeit oder Frustrationsmotiven – jeder Polizist in Deutschland muss die Historie und die Rolle der deutschen Polizei während der Nazizeit kennen. Er muss ohne Wenn und Aber die Erkenntnis verinnerlicht haben, dass es seine Aufgabe ist, sich allen Ansätzen von rechtem Gedankengut in der Polizei entgegenzustellen. Das gehört zum unverhandelbaren Selbst-

verständnis der Polizei und ist zugleich Kern-DNA des demokratischen Grundverständnisses der Bürgerinnen und Bürger. Wer diesen Befund nicht uneingeschränkt vertreten kann, darf im Rechtsstaat nicht Polizist sein.

Unser Beruf ist in vielen Bereichen herausfordernd, anstrengend, gefährlich und oft genug auch frustrierend. Wenn wir beispielsweise Rechtsbrecher, Drogendealer und andere Mehrfachtäter immer wieder festnehmen müssen, weil die



„In der Debatte um rechtsextreme Chatgruppen in der Polizei wurde bei der Berichterstattung zu oft die gesamte Truppe in Sippenhaft genommen.“

Justiz nach unserem Befinden nicht in der gebotenen Weise durchgreift, dann darf das nicht zu einer persönlichen tiefgreifenden Frustration mit all ihren negativen Begleiterscheinungen führen, sondern muss die politisch Verantwortlichen auf den Plan rufen, die sich dann mit Nachdruck um die möglichen Versäumnisse kümmern und die Hinweise einer am Limit arbeitenden Polizei ernst nehmen und umsetzen.

In der Debatte um rechtsextreme Chatgruppen in der Polizei wurde bei der Berichterstattung zu oft die gesamte Truppe in Sippenhaft genommen. Dies wird der täglichen tadellosen Arbeit der rund 20.000 rechtschaffenden Polizeibeschäftigten nicht gerecht und ist geeignet, die zweifelsfrei entstandenen Vertrauensverluste weiter zu befördern. Wer politisch Verantwortung für die Polizei tragen will, sollte mögliche Kollateralschäden durch leichtfertige Äußerungen tunlichst vermeiden. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Die in Rede stehenden Sachverhalte müssen komplett aufgeklärt, abgearbeitet und die entsprechenden Lehren draus gezogen werden. Dabei sind aber diejenigen in besonderem Maße zu schützen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen. Denn, die Fürsorgepflicht des Staates für die Polizei endet nicht bei partiellem Fehlverhalten, sondern besteht weiter uneingeschränkt fort.

Die politische und gesellschaftliche Befassung mit der Polizei darf nicht nur nach negativen Schlagzeilen stattfinden. Die Polizei als Rückgrat und zentrales Organ in der Gewaltenteilung unserer Demokratie muss deutlich mehr politische Aufmerksamkeit erfahren. Die parlamentarische Kontrollfunktion erstreckt sich eben auch auf das Erkennen von Sorgen und Nöten der Organisation. Es gilt, künftig politische Verantwortung nicht nur bei



Foto: GdP-Hessen

Andreas Grün

der Verfolgung von etwaigen Fehlverhalten zu übernehmen, sondern auch gezielt der seit Jahren bestehenden Überlastungssituation und der damit einhergehenden – und in der Umfrage des Innenministers bestätigten – mangelnden Wertschätzung der täglichen Arbeit entschlossen zu begegnen.

Polizist im demokratischen Rechtsstaat, getragen vom uneingeschränkten Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, ist einer der schönsten Berufe, die es gibt. Er erfordert aber auch tägliche Disziplin, Offenheit und Verständnis für die Belange der Menschen, für die wir das Gewaltmonopol ausüben. Pluralismus und eine immer weitergehende Aufklärung dulden kein abgeschotteten polizeilicher Organisationen und Aufgaben. Das Begehren der Menschen in einer Demokratie die staatlichen Organisa-

tionen und ihr Handeln zu verstehen und auch zu kontrollieren, wächst kontinuierlich.

Daher sind wir als Polizei gut beraten, unsere Rolle und unser Selbstverständnis immer wieder neu zu bewerten und auszurichten. Denn nur wenn wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auf unserer Seite wissen, können wir erfolgreich arbeiten und zugleich eine große Berufszufriedenheit erfahren.

Wir haben nichts zu verbergen. Unser Handeln richtet sich alleine nach Recht und Gesetz. Wir wollen eine neutrale, unparteiische, zivile rechtsstaatliche Bürgerpolizei sein. Zu unserem Selbstverständnis muss künftig auch ein noch klareres Bekenntnis zur parlamentarischen Kontrolle gehören. Die neue Ombudsstelle für die Polizei in Hessen ist Teil dieses Prozesses, den wir als GdP lange Zeit kritisch betrachtet haben. Nun gilt es aber, die Chancen, die sich daraus ergeben, zu nutzen. Ich bin überzeugt, dass die Jahresberichte der Ombudsstelle ein deutlich positives Bild der Polizei vermitteln werden.

Wir befinden uns mitten in einem gesellschaftlichen und politischen Wandel. Staatliches Handeln muss künftig noch mehr erklärbar und transparent gestaltet sein. Die Menschen wollen eine lebendige wehrhafte Demokratie, in der sie integraler Bestandteil des demokratischen Systems sind.

Die GdP steht für eine bürgernahe, demokratische und rechtsstaatliche Polizei. Wir haben in unserer Satzung unsere Wertevorstellungen verankert und jedweden demokratiefeindlichen Bestrebungen eine klare Absage erteilt. Wer GdP-Mitglied ist, zeigt durch seine Mitgliedschaft Haltung und bezieht Position für die unverrückbaren Werte, die unseren Beruf ausmachen. Darauf sollten wir stolz sein. ■

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



KARSTEN BECH STELLT SICH VOR

Neuer Hauptpersonalratsvorsitzender gewählt

Im Mai 2021 fanden in Hessen die Personalratswahlen statt. In der konstituierenden Sitzung wurde ich zum Vorsitzenden des Hauptpersonalrats der Polizei gewählt. Da ich in diesem Amt neu bin, möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich kurz dienstlich und persönlich vorzustellen.

Mein Name ist Karsten Bech, ich bin 55 Jahre alt und Polizeivollzugsbeamter. Ich bin verheiratet und habe vier erwachsene Kinder. 1983 begann ich meinen Dienst bei der hessischen Polizei. Nach der Ausbildung führten mich meine dienstlichen Verwendungen über die Bereitschaftspolizei nach Frankfurt am Main und später in das Polizeipräsidium nach Osthessen. Personalratsarbeit begleitet mich bereits seit 1995. Durchgängig war ich ordentliches Mitglied als GdP-Vertreter in den verschiedensten Personalratsgremien.

Nach Umstrukturierungen innerhalb der Polizei gründete sich 1997 die GdP-Kreis-

gruppe PAST Petersberg in Osthessen, dessen Vorsitzender ich bis zur Wahl zum Bezirksgruppenvorsitzenden in 2015 war. Seit dieser Zeit bin ich Vorsitzender der BZG Osthessen. Auf der Beiratssitzung im März 2017 wurde ich zum Landesschriftführer gewählt, welches Amt ich bis heute ausübe. Darüber hinaus bin ich Mitglied der Rechtsschutzkommission.

Im Jahr 2012 wurde ich Personalratsvorsitzender im Polizeipräsidium Osthessen und wurde für diese Tätigkeit von meiner Funktion als Dienstgruppenleiter freigestellt. Bis zur Wahl zum Hauptpersonalratsvorsitzenden im Mai 2021 übte ich diese Tätigkeit aus. Diese Aufgabe machte mir sehr viel Spaß und ich konnte in diesen Jahren sehr viel Erfahrung sammeln. Ich freue mich auf meine neue Aufgabe und werde mich für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Mit unserer GdP habe ich eine starke Gewerkschaft und Partner an



Karsten Bech, der neue Vorsitzende des Hauptpersonalrats der hessischen Polizei

der Seite und ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam die Interessen der hessischen Polizeibeschäftigten weiterhin gut vertreten werden. Gerne bin ich Ansprechpartner, wenn ihr weitere Fragen haben solltet. Zum Schluss dürfen natürlich die Hobbys nicht fehlen. Gemeinsam mit meiner Frau bin ich leidenschaftlicher Wohnmobil- und Motorradfahrer.

Ich freue mich, wenn ich den einen oder die anderen in einem persönlichen Gespräch näher kennenlernen darf.

Karsten Bech

FRAUENGRUPPE

5. Landesfrauenkonferenz mit hervorragenden Ergebnissen

Außergewöhnliche Ereignisse erfordern besondere Maßnahmen!

So wurde auch die Landesfrauenkonferenz der GdP-Frauen am 17. Juni 2021 als Videokonferenz durchgeführt. Nach hervorragender Vorbereitung und ausgestattet mit wichtigem Equipment übernahm Katrin Kuhl in ihrer

kompetenten und routinierten Art als Gastgeberin und Verhandlungsleitung die Koordination und Begrüßung. Unterstützt wurde sie dabei von Sarah-Christin Hoffmann, Juristin der Geschäftsstelle, und Klaus Vestweber von der Bezirksgruppe PP Nordhessen. Dieses Format war natürlich so nicht gewünscht: Eine Präsenzveranstaltung war schon vorbereitet gewesen.

- Nancy Faeser, Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD Hessen

Zentraler Bestandteil der Konferenz war die Wahl des neuen geschäftsführenden Vorstands, der in Briefwahl durchgeführt werden musste und mit großer Mehrheit den größtenteils „alten“ Vorstand bestätigte:

Als GastrednerInnen konnten hochrangige Personen verpflichtet werden:

- Erika Krause-Schöne, Vorsitzende der Bundesfrauengruppe
- Jens Mohrherr, Landesvorsitzender der GdP
- Anna Maria Boulnois vom DGB Hessen-Thüringen, dort zuständig für Frauenarbeit und Gleichstellung

1. Heike Frei, BZG Südhessen: Landesfrauenvorsitzende
2. Esther Jaekel, BZG Osthessen: stellv. Landesfrauenvorsitzende
3. Karin Schäfer, BZG Frankfurt: stellv. Landesfrauenvorsitzende
4. Kerstin Wöhe, BZG Mittelhessen: stellv. Landesfrauenvorsitzende





Katrin Kuhl, Sarah Hoffmann und Klaus Vestweber (v. l. n. r.)

5. Iris Icke, BZG Nordhessen: Schriftführerin
6. Jutta Angersbach, BZG Nordhessen: stellv. Schriftführerin

Diesen gestandenen Frauen einen herzlichen Glückwunsch zur Wahl und den Ausgeschiedenen herzlichen Dank für ihre geleistete Arbeit!

Die zur Aufheiterung eingespielten Videos trugen nicht nur zur Unterhaltung bei, sondern dokumentierten auch die Errungenschaften der Gewerkschaften auf amüsante Weise.

die uns noch lange begleiten wird, und die Herausforderung der Tarifverhandlungen, die in Hessen beginnen werden.

In diesem Jahr steht für die GdP Hessen ein Jubiläum ins Haus: 70 Jahre GdP Hessen!

Heike Frei machte in ihrem Geschäftsbericht deutlich, wie wichtig die Organe der Landesfrauengruppe – Landesfrauenkonferenz, Landesfrauenvorstand und geschäftsführender Landesfrauenvorstand – gerade auch in politischer Hinsicht sind. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern und dem Bund verfolgen wir Ziele wie den Kampf gegen häusliche Gewalt/Gewalt im sozialen Nahraum und noch immer ist Gleichstellung für uns ein wichtiges Thema.

Frauen sind systemrelevant für Dienst und Familie und setzen die positiven Erfahrungen aus der Pandemie um! Wir wollen Gleichberechtigung – gemeinsam – auf Augenhöhe! Wir verstehen am besten, was wir wollen! Nicht zuletzt deshalb wurde für die 2022 stattfindende Bundesfrauenkonferenz als Slogan gewählt: Frauen rocken den Wandel!

Erika Krause-Schöne (*1967) ist Polizeibeamtin bei der Bundespolizei und versieht ihren Dienst als Dienstgruppenleiterin.

Gewerkschaftliche Funktionen:

Bundesfrauenvorsitzende, stellv. Vorsitzende im geschäftsführenden Vorstand Bezirk Bundespolizei und stellv. Vorsitzende des Bundespolizeihauptpersonalrats beim Bundesministerium des Innern.

Quelle: GdP

Jens Mohrherr ist seit 34 Jahren Polizeibeamter und seit März 2021 Landesvorsitzender der GdP Hessen,

Seit 2018 war er bereits stellvertretender GdP-Vorsitzender in Hessen,

Von 2010 bis 2021 amtierte Mohrherr als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der hessischen Polizei.

Gastrednerin Nancy Faser

Nancy Faeser gelang es, Parallelen zwischen ihrer Arbeit in der Partei und der Frauenarbeit in der Gewerkschaft herzustellen: in beidem sind Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft wichtig. Konkret sind Anträge zu geringerer Mindeststundenzahl bei Teilzeitbeschäftigung und eine öffentliche Anhörung zum Thema „Entwicklung der häuslichen Gewalt in Zeiten von Corona“ zu nennen. Natürlich wurde die Arbeit der derzeit regierenden Partei im Umgang mit der Polizei kritisch kommentiert. Dies habe die Politik der letzten Jahre gezeigt, in der u. a. mit Nullrunden die Polizeikräfte sich alleingelassen fühlten. Viele Anregungen der Kolleginnen wie z. B. der Anerkennung

Grußworte des Bundesvorstands

Erika Krause-Schöne ist begeistert von uns Hessinnen! „Da kommt immer eine Initialzündung.“ Egal ob in den Personalentwicklungskonzepten oder beim Mentoring, wir hessischen Frauen sind immer dabei.

Die Bundesfrauengruppe beschäftigen nach wie vor Themen wie häusliche Gewalt, Menschenhandel & Prostitution. Bundesweit wird gekämpft um die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die im aktiven Dienst in den letzten Jahren regelmäßig abgeschmolzen wurde, und an eine Angleichung an das vorige Niveau.



Jens Mohrherr gratuliert Heike Frei zur Wiederwahl als Landesfrauenvorsitzende

Jens Mohrherr stellte die turbulenten Zeiten aus politischer und polizeilicher Sicht in den Vordergrund.

27 Prozent Frauen bei der hessischen Gewerkschaft haben wertvolle Impulse gegeben. Dennoch ist der Anteil noch ausbaufähig. Jens berichtete über die hohe Belastung durch große und langwierige Einsatzlagen, bei denen die GdP durch Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen wertvolle aktive Beiträge leistet und den Einsatzkräften mit ihrer Präsenz die wichtige Wertschätzung zollt. Die Pandemielage mit ihren schwierigen Folgen für die Bediensteten der Polizei,



von politischer Wertschätzung konnte Frau Faeser mitnehmen. Offen wurden mangelnde Transparenz und mangelnder Rückhalt kritisiert, Fehlerkultur und Orientierung gefordert.

Nancy Faeser ist eine deutsche Politikerin (SPD), Juristin und Abgeordnete des Hessischen Landtags. Sie ist seit 2019 Vorsitzende der SPD Hessen sowie Vorsitzende der Landtagsfraktion und damit Oppositionsführerin im hessischen Landtag. Sie wurde auf einem Landesparteitag am 2. November 2019 zur Vorsitzenden gewählt. **Quelle: Wikipedia**

Gastrednerin Anna Boulnois

Anna Boulnois berichtete von der letzten Konferenz des DGB Hessen-Thüringen, bei der Themen wie Gleichstellung, die Istanbulkonvention oder die Neuordnung der §§ 218 und 219a StGB diskutiert wurden. Wünschenswert sind gemeinsame Aktionen zum 25. November, dem Tag gegen Gewalt gegen Frauen. Die beiden Anträge zur Stärkung von Seminaren zur Frauenförderung und zu besseren Beschaffungsmodalitäten von Funktionsbekleidung wurden einstimmig angenommen.

Dieser Tag wird bei allen Teilnehmenden als konstruktiv und informativ in Erinnerung bleiben.

Anna Boulnois ist seit 2016 im DGB und Organisationssekretärin im DGB Hessen-Thüringen, dort u. a. zuständig für Frauenfragen und Gleichstellung

Corina Gombel,
BZG-Zentralbehörden, HPA

JUNGE GRUPPE

Landesjugendkonferenz: „Alleine stark – gemeinsam unschlagbar“



Foto/Grafik: Junge Gruppe Hessen

Der ehemalige Landesjugendvorsitzende Marcel Müller mit seiner Nachfolgerin Gianina Petermann

Unter dem Leitspruch „Alleine stark – Gemeinsam unschlagbar“ fand sich am 24. Juni 2021 die 15. Landesjugendkonferenz zusammen. Die ursprünglich in Präsenz geplante Veranstaltung musste umdisponiert werden und als Videokonferenz stattfinden, wie so viele Veranstaltungen in dieser Pandemiezeit. Umso erfreulicher war jedoch die Tatsache, dass sich 27 Delegierte als beschlussfähiges Gremium zur Landesjugendkonferenz eingefunden haben. Locker und humorvoll begleiteten Kollegin Kuhl und Kollege Schubert als Verhandlungsleitung durch die Konferenz und konnten auch trockenen Themen Leichtigkeit verleihen.

Zu Beginn der Veranstaltung richteten der hessische Landesvorsitzende Jens Mohrherr und der Bundesjugendvorsitzende Martin Meisen ein Grußwort an die Teilnehmer:innen. Im Anschluss stand der Landesvorsitzende Mohrherr zu einer

Frage-Antwort-Runde zur Verfügung, welche ausgiebig von den Delegierten genutzt wurde, um sich über aktuelle Themen auszutauschen.

Im Programm der Konferenz folgte anschließend der Geschäftsbericht des noch



Gruppenbild in Zeiten von Corona

amtierenden Landesjugendvorstandes. Dieser wurde in einer kompakten Powerpoint-Präsentation von Marcel Müller vorgestellt. Mit der Entlastung des alten Vorstands, kam es im Anschluss zur Einweisung in die, durch Online-Sitzung bedingte, Briefwahl des neuen Vorstands. Anschließend stellten sich die zur Wahl aufgestellten Kandidaten kurz vor.

Am Nachmittag befasste sich die Konferenz mit insgesamt 22 Anträgen und diese boten ausreichend Stoff für Diskussionen. Alle hierzu eingegangenen Anträge wurden, entweder im Original oder in geänderter Fassung, vorgelegt und von der Konferenz angenommen. Am späten Nachmittag endete die 15. Landesjugendkonferenz mit tollen Anträgen und einem regen Austausch. Bezüglich der Briefwahl wurden am 2. Juli 2021 die auf der Geschäftsstelle eingegangenen Wählerstimmen ausgezählt und das Ergebnis per Live-Videoschaltung von der Wahlkommission verkündet.

Der neu gewählte Landesjugendvorstand besteht aus seiner Vorsitzenden Gianina Petermann und ihren Stellvertreter:innen Anna Maria Raschke, Marcel Müller und Kai Bette.

Die Schriftführung übernimmt Franziska Fuchs mit ihrer Stellvertreterin Laura Ewald.

Kassierer wurde Stefan Krollmann, dieser wird durch Dawid Dynowski als sein Stellvertreter unterstützt.

Der neu gewählte Landesjugendvorstand Hessen freut sich auf seine neuen Aufgaben und Herausforderungen, die

nicht zuletzt die beschlossenen Anträge mit sich bringen.

Jonas Zinnäcker

Kreisgruppe Senioren Frankfurt

Wir laden ein, und das gleich zweimal:

1. Ausflug mit Schiff und Bahn nach Mainz

- Schifffahrt nach Mainz
- Stadtrundfahrt/Museumsbesuch
- Rückfahrt mit der Bahn
- Wann: Mittwoch, 15. September

2. Jahreshauptversammlung 2021

Mittwoch, 29. September, 14 Uhr
Bürgerhaus Bornheim
Arnsburger Str. 24, 60385 Frankfurt am Main

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen auf unserer Homepage und im Polizeireport II/2021, Ausgabe Frankfurt

Anzeige

POLIZEI DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.

Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de

www.vdp-polizei.de



EINLADUNG* ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KREISGRUPPE DARMSTADT-DIEBURG

21. SEPTEMBER 2021 AB 13:00 UHR

NATURFREUNDEHAUS AM HEIDENACKER
BREITENSTEINWEG 100, 64372 OBER-RAMSTADT

***VORANMELDUNG ERFORDERLICH!**
Bitter per Mail an: GdP.Darmstadt-Dieburg@outlook.de

MIT EHRUNG DER JUBILARE!

Kontakt und Fragen an:
Katharina Hock (Vorsitzende)
06151 / 969 - 4241
GdP.Darmstadt-Dieburg@outlook.de



Homepages

GdP Hessen: www.gdp.de/hessen
GdP-Bundesvorstand: www.gdp.de



Facebook:

GdP Hessen: GdPHessen
Junge Gruppe Hessen: [gdpjghessen](https://www.facebook.com/gdpjghessen)
GdP-Bundesvorstand: [gdp.de](https://www.facebook.com/gdp.de)
GdP Frankfurt: GdP - Bezirksgruppe
Frankfurt am Main



Twitter:

GdP Hessen: [@gdp_hessen](https://twitter.com/gdp_hessen)
GdP-Pressestelle Bundesvorstand: [@GdPPresse](https://twitter.com/GdPPresse)



Instagram:

GdP Hessen: [@gdp.hessen](https://www.instagram.com/gdp.hessen)



Youtube:

GdP Hessen: GdP Hessen
GdP Bund: Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand

Datenschutzhinweis

Wir nehmen an, dass du zu deinen persönlichen Anlässen unsere Gratulation in der DP wünschst. Falls nicht, hast du die Möglichkeit, der Veröffentlichung deiner im Zusammenhang mit der Gratulation stehenden persönlichen Daten formlos, jedoch rechtzeitig vor Redaktionsschluss zu verzichten.